

DIE SCHWEIZ UND DIE DISKUSSION UM DIE
ERWEITERUNG DES GEMEINSAMEN MARKTES IN DEN
1960ER JAHREN

Dr. Katrin Ruecker

Sonderfall, Autonomieparadox, Outsider-Mentalität, verstecktes Mitglied – es gibt viele Ausdrücke, die die aktuelle Rolle der Schweiz in der Europäischen Integration charakterisieren. Bei der Diskussion um die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes in den 1960er Jahren scheint der Sonderfall Schweiz seinen Ursprung zu nehmen. Der Assoziationsversuch von 1961–1963 zeigt sich als besonders geeignet, die vergangene und heutige Schweizer Politik gegenüber dem vereinten Europa zu verstehen. Welche helvetische Europapolitik kristallisierte sich also in den 1960er Jahren heraus? Einerseits lässt sich die Passivität der Schweizer Europapolitik unterstreichen: Die Öffnung gegenüber der EWG ist keine aktive Politik, sondern eine reaktive. Die Schweizer reagieren auf die Annäherung an Europa, die ihre EFTA-Partner, allen voran Grossbritannien mit seinem Beitrittsersuchen an die EWG, betreiben. Andererseits muss mit Nachdruck festgehalten werden, dass der Schweizer Bundesstaat in den 1960er Jahren noch kein europäischer Sonderfall wie im heutigen Sinne ist. Berücksichtigt man auch andere neutrale Staaten wie Österreich und Schweden, die in den 1960er Jahren der nur sechs Länder umfassenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fernbleiben, ist die Schweiz in der Tat kein Sonderfall. Innenpolitische und vor allem aussenpolitische Gründe seien hier hervorgehoben; wenden sich die Briten nur halbherzig der EWG zu und lehnen die USA eine Assoziierung der Neutralen an die EWG ab, wie es in den 1960er Jahren der Fall war, so gibt es in der Tat wenig Spielraum für die Schweizer Konföderation.

Der Artikel stützt sich auf die Quellen aus dem Band 22 der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS) und ergänzt sie mit britischen und europäischen Archivadokumenten der 1960er Jahre.